

Kräfteverteilung 2023: kein Anlass für Euphorie

Die Worte aus dem NRW-Innenministerium klingen ein bisschen wie Weihnachten, dabei geht es um den 1. September – den Nachersatztermin für die Polizeibehörden und die geplante Kräfteverteilung. „Die Einstellungsinitiative fruchtet. Die Behörden erfahren endlich eine spürbare Entlastung“, wird Minister Herbert Reul (CDU) in einer Mitteilung zitiert. Die GdP allerdings muss da auf die Euphorie-Bremse treten, und das nicht nur ein bisschen.

Zunächst die Zahlen: Zum dritten Mal in Folge haben die Experten im Ministerium ein Stellenplus errechnet, wenngleich es bei den Tarifbeschäftigten deutlich niedriger ausfällt als im Vorjahr. Konkret sieht die Belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV) für 2023 bei den Beamtinnen und Beamten einen Zuwachs von 420 vor (2022: 250), bei den Tarifbeschäftigten liegt das Plus bei mageren 60 (2022: 460).

„Der dritte Personalaufbau in Folge verdient Anerkennung, keine Frage“, erklärt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens.

Wie viele Kräfte aus der Planung wirklich in den Behörden ankommen, steht allerdings erst am 1. September fest: „Erst dann wissen wir, wie viele Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre letzten Prüfungen bestanden haben“, erinnert Mertens.

Nicht vergessen werden darf zudem: „Der Zuwachs ist bitter nötig! Denn in den langen Jahren zuvor ist die Polizei in NRW personell kaputtgespart worden“, betont der GdP-Vorsitzende. Der Personalaufbau muss lange weitergehen, um die Minus-Jahre auszugleichen und den neuen Herausforderungen

Schwerpunkt Kripo

Die neue BKV setzt einen klaren Akzent im Bereich der Direktion K. Um zum Beispiel auf Cyberattacken zu reagieren, ist ein neuer Aufgabenbereich „Digitale Tatorte“ mit 36 zusätzlichen Beamten- und 30 zusätzlichen Tarifstellen vorgesehen. Im Beamtenbereich handelt es sich dabei um Stellen des höheren Dienstes. Hier sind neue Planstellen grundsätzlich rar – weshalb die Pläne positiv zu werten sind. Zudem soll es 24 weitere Stellen zur Ermittlungsarbeit bei Geldautomatensprengungen geben. Die GdP hält die Verstärkung im Kripobereich ausdrücklich für richtig und zeitgemäß. Sie mahnt aber auch, die Unwuchten in den anderen Direktionen nicht aus dem Blick zu verlieren. Umso wichtiger ist, dass der Personalaufbau bei der Polizei in NRW weiter an Breite gewinnt. In der Vergangenheit hatte die GdP mehrfach Vorschläge zur Verbesserung der BKV-Systematik gemacht. Michael Mertens: „Wir stellen sie dem Innenministerium gerne noch mal vor.“

in der Inneren Sicherheit gerecht zu werden. Die günstige Entwicklung in der Statistik sei ohnehin erst durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit möglich geworden – „ohne sähe die BKV heute ganz anders aus“!

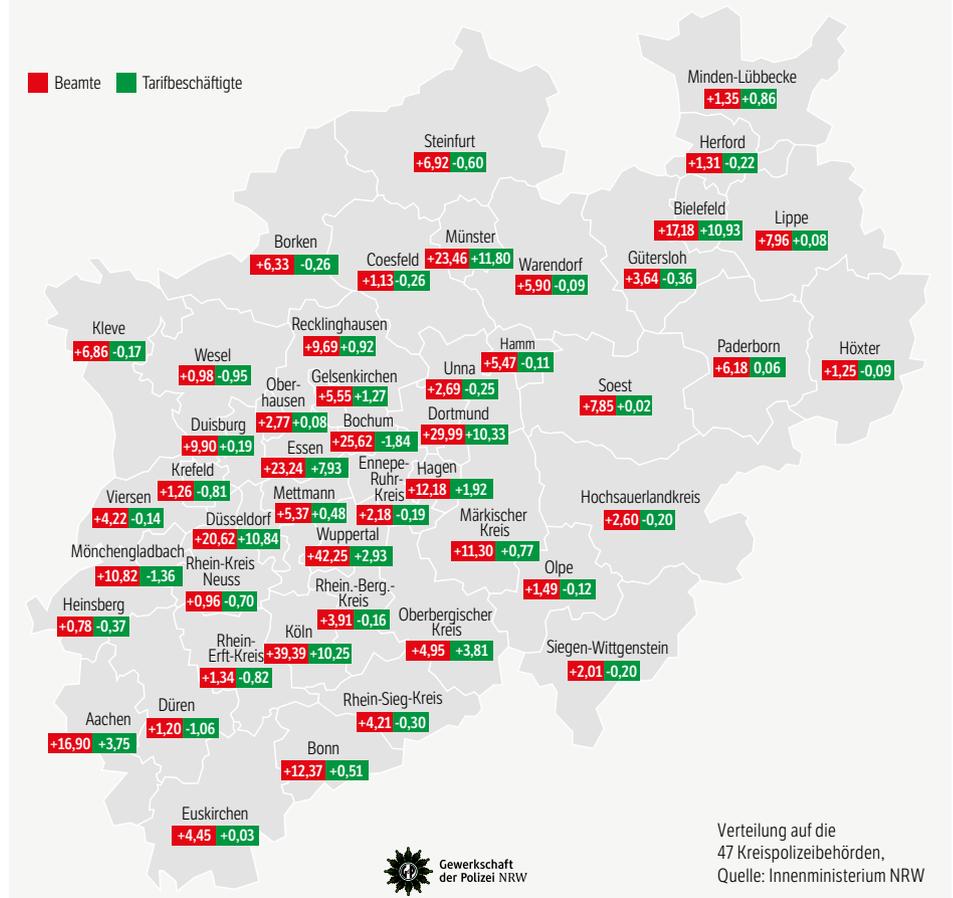
GdP-Chef Mertens: Zuwächse federn die Belastungen vor Ort nicht signifikant ab

Für den GdP-Chef steht fest: „Die Zuwächse in diesem Jahr werden die Belastungen in den Kreispolizeibehörden nicht signifikant abfedern.“ Tatsächlich liegen die Zuwächse im Beamtenbereich zwischen 0,78 Stellen in Heinsberg und 42,25 in Wuppertal. In nur sieben der 47 Kreispolizeibehörden fällt der Zuwachs in absoluten Zahlen zweistellig aus.





Geplante Kräfteverteilung 2023



Für große Behörden wie Köln (knapp 4 160 Stellen) oder Dortmund (rund 2 450 Stellen) bleiben die Zuwächse von knapp 39,5 und rund 30 in der Relation überschaubar. Und im ländlichen Raum ist das Plus oft nur marginal: Neben Heinsberg reicht es in Wesel und Neuss für nicht mal eine volle zusätzliche Stelle. Kaum mehr ist es in Höxter, Minden-Lübbecke, Rhein-Erft oder Olpe.

An dieser Stelle die sprichwörtliche „Frage für einen Freund“: Bringt man damit Dienstpläne voran? Oder baut gar Überstunden ab?

Im Tarfbereich fällt die vom Minister versprochene „spürbare Entlastung“ vor Ort reinenweise ganz aus. 26 Polizeibehörden müssen sogar ein Minus hinnehmen – bei einigen wird es wohl nur ein rechnerisches sein, bei anderen ein ganz reales. Insgesamt sieht die BKV hier eine Spanne von -1,84 Stellen (Bochum) und +11,8 Stellen (Münster) vor.

Im Ringen um Fachkräfte konkurriert die Polizei NRW mit ihren Gehältern und Arbeitszeiten mit der freien Wirtschaft. Deshalb bleibt auch hier abzuwarten, wie

viele zusätzliche Tarifbeschäftigte tatsächlich in den Behörden ankommen. Die GdP hält die Reduzierung der Neueinstellungen für falsch, drängt wieder auf eine

Erhöhung. „Polizeiarbeit ist Teamwork. Die Tarifkolleginnen und -kollegen leisten hier ihren unverzichtbaren Beitrag“, betont Michael Mertens. ■

Schwelende Bodycam-Debatte sorgt für Verunsicherung



Warum war die Bodycam nicht an? Schon wieder nicht an? Nach den Einsätzen in Dortmund und Bad Salzuflen wird diese Frage geradezu reflexhaft von Politik und Medien gestellt. Ich merke eine wachsende Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen. Diese Verunsicherung kann ich sehr gut nachvollziehen. Sie belastet.

Politik und Medien sollten sich daran erinnern, warum Bodycams ab 2016 bei der Polizei in NRW angeschafft wurden: eben nicht zur Beweissicherung und Dokumentation polizeilichen Handelns, jederzeit und allerorten. Die Kameras wurden angeschafft, weil sie eine nachweislich deeskalierende Wirkung in Konfliktsituationen haben – dann, wenn Gefahren gegen Leib und Leben drohen.

Und fürwahr, Bodycams haben gute Dienste geleistet. Nicht immer, aber oft beruhigen sich Aggressoren, wenn eine Kamera läuft. Viele Kolleginnen und Kollegen können von solchen Einsätzen berichten.

Politik und Medien sollten sich ebenso daran erinnern, dass die Rechtslage klar ist. Sie ist auch nicht eigentlich klar, sie ist glasklar! § 15 c des NRW-Polizeigesetzes regelt den Einsatz von Bodycams. Das Einschalten liegt im Ermessen der jeweiligen Beamten. Getragen werden müssen die Kameras, das hat ein Erlass aus dem Hause Reul geregelt. Auf eine Einschaltspflicht jedoch hat der Erlass aus guten Gründen verzichtet.

Und trotzdem, immer wieder nach Einsätzen:

Warum war die Bodycam nicht an? Schon wieder nicht an..?

Wir als GdP wollen, dass die Bodycam-Debatte endet! Dazu gehört jedoch, dass die Politik sie erst mal offen und – das ist wichtig – in aller Konsequenz führt. Will man das wirklich, dass die Bodycam bei Einsätzen immer und überall mitläuft? Lässt sich das rechtssicher ausgestalten? Hat man bedacht, was das fürs Verhältnis von Polizei und Bürger bedeutet? Gibt es überhaupt genügend Kameras und Auswertemöglichkeiten? Das sind drängende Fragen.

Mit in die Debatte gehört, warum es bei der Polizei in NRW immer noch kein Pre-Recording gibt – im Gegensatz zu anderen Bundesländern und dem Bund selbst. Wir als GdP wollen, dass sich das ändert! Wir können uns auch vorstellen, dass sich Bodycams künftig automatisch einschalten, wenn Taser gezogen werden.

Wir fordern: Die Politik muss ganz grundsätzlich über Bodycams diskutieren, zügig nach der Sommerpause! Ein Innenminister muss in dieser Debatte mit einer klaren Position Orientierung bieten.

Michael Mertens
Landesvorsitzender



Kontrollen und Razzien: Ein Großaufgebot der Polizei brachte die verfeindeten Großfamilien zur Ruhe.

Foto: Justin Brosch

Kampf gegen Clankriminalität braucht langen Atem und Personal

Mit Messern, Baseballschlägern und sogar Dachlatten sind Mitglieder rivalisierender Großfamilien auf offener Straße im Ruhrgebiet aufeinander losgegangen. Die Auseinandersetzungen zwischen syrischen Clanmitgliedern und türkisch-libanesischen Clanmitgliedern hielten im Juni die Polizei tagelang in Atem und beschäftigten auch den Innenausschuss des NRW-Landtages.

Der Anlass? Nichtig. Ein elfjähriges Kind einer Familie soll beim Spielen verletzt worden sein. Die Folgen? Gravierend. In Castrop-Rauxel prügeln sich zunächst Dutzende – mindestens sieben Personen wurden teils schwer verletzt, einer lebensgefährlich. In Essen gingen nur einen Tag später mehr als 100 Leute aufeinander los. Auch dort gab es mehrere Verletzte, darunter zwei Polizisten.

Die GdP hat angesichts der Ereignisse kritisiert, dass der Begriff Clankriminalität seit dem Wechsel zu Schwarz-Grün von führenden Regierungsvertretern kaum noch gebraucht wird. „Clankriminalität darf nicht kleingeredet werden“, warnt der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Maatz. Es sei wichtig, die Dinge beim Namen zu nennen.

Genau das tut der GdP-Landesvize: „Wir haben es mit Leuten zu tun, die unser Rechtssystem nicht anerkennen und Konflikte untereinander lösen, gerade auch mit Gewalt.“ Dabei seien Mitglieder dieser Großfamilien zum Teil schon vor vielen Jahren als Flüchtlinge zu uns gekommen und finden hier Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung.

Die Geschehnisse in Castrop-Rauxel und Essen waren bundesweit Thema in den Me-

dien. Ein Großaufgebot der Polizei brachte die verfeindeten Familien zur Ruhe. In sozialen Medien hatte es immer wieder Aufrufe zur Mobilisierung gegeben. Die Polizei antwortete mit Kontrollen und Razzien, stellte u. a. Macheten und eine MP sicher. Allein an einem Wochenende waren 700 Beamte im Einsatz.

„Politik der 1 000 Nadelstiche“

Innenminister Herbert Reul (CDU) verteidigte im Innenausschuss seine „Politik der 1 000 Nadelstiche“ gegen die Clans. Dass die Zahl der sogenannten Tumultdelikte in NRW von 176 im Jahr 2018 auf 34 im vergangenen Jahr gesunken ist, sieht der Minister ausdrücklich als Erfolg. Trotzdem scheinen plötzliche Gewaltausbrüche wie jetzt in Essen oder Castrop-Rauxel jederzeit möglich.

So hatte es bereits im vergangenen Jahr eine Massenschlägerei von Clanmitgliedern im Essener Stadtteil Altendorf gegeben. Wildwest-Szenen 2022 auch im Duisburger Norden: Eine Auseinandersetzung zwischen Clanmitgliedern und Rockern mündete in eine Schießerei auf dem Hamborner Altmarkt.

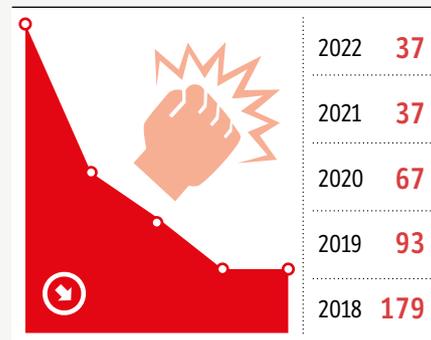
Für die GdP steht fest: „Wo Clans massiv auftreten, muss auch die Polizei massiv auftreten“, sagt Michael Maatz. Der Kampf gegen Clankriminalität brauche einen langen Atem und Personal. Die Polizei müsse ihre Kräfte bündeln. In Hotspot-Behörden sollten operative Kräfte dauerhaft in Ermittlungskommissionen eingebunden werden, gerade auch die Bereitschaftspolizei.

Ganz wichtig auch: weniger Hürden bei der Abschöpfung von kriminellem Vermögen. Hier fordert die GdP Gesetzesinitiativen für eine Beweislastumkehr, wie man sie aus Mafia-Verfahren kennt. „Wenn wir einen angeblichen Sozialhilfeempfänger in einer aufgemotzten Luxuslimousine antreffen, muss er uns erklären, wie er sie finanziert hat“, drängt Maatz. ■

Deutlich weniger Tumult-Delikte in NRW

Massenschlägereien wie die in Castrop-Rauxel und Essen gelten als „Tumultdelikte“. Seit 2018 registriert die Polizei in NRW hier deutlich weniger solcher Delikte.

Anzahl der Fälle



Quelle: Innenministerium NRW

Nach einer Großfahndung konnte der flüchtige Autofahrer eine Stunde nach der Tat in Essen gestellt werden.

Foto: Justin Brosch



Erst Ratingen, jetzt Essen: Entsetzen nach Mordattacken auf Polizisten

Ein 39-jähriger Kollege ringt um Leben und Gesundheit, nachdem er Ende Juni in Essen von einem flüchtigen Autofahrer offenbar absichtlich überfahren und 30 Meter mitgeschleift wurde. Der Familienvater erlitt schwerste Verletzungen. Nach dem feigen Brandanschlag auf Einsatzkräfte in Ratingen ist es binnen nur weniger Wochen ein weiterer versuchter Mord an einem Polizisten in NRW.

„Unsere Gedanken sind bei dem Kollegen, seiner Familie und seinen Freunden“, sagt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Und weiter: „Wir hoffen auf vollumfängliche Genesung!“ Man denke zudem an die Kolleginnen und Kollegen, die den Einsatz miterleben mussten. Wie in Ratingen habe man es mit einer „Tat von schockierender Brutalität und Rücksichtslosigkeit“ zu tun.

Und ebenfalls wie in Ratingen, wo es zunächst um eine vermutete hilflose Person in einer Wohnung ging, eskalierte in Essen ein alltäglicher Einsatz – konkret eine Verkehrskontrolle wegen nicht angeschnallten Fahrens. „Das führt uns Polizistinnen und Polizisten noch mal ganz abrupt vor Augen: Gefahren können immer und überall lauern“, sagt Mertens. Menschen scheinen zunehmend auszurasten, gerade auch wegen Nichtigkeiten.

Nach allem, was die GdP wahrnimmt, erfahren die verletzten Kollegen in Essen und Ratingen eine bestmögliche Betreuung. Kollegen bemühen sich um die Familien der Betroffenen. Die GdP-Kreisgruppen vor Ort bringen sich toll ein, werben um Spenden und, und, und ...

Dafür: DANKE! Die Blaulichtfamilie steht zusammen!

Gleichwohl sollten die Taten in Essen und Ratingen Anlass sein, die Betreuung von im Dienst verletzten Polizistinnen und Polizisten noch mal grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen – und zu überlegen, was noch besser werden kann, ja besser werden muss. „Betroffene müssen das Gefühl haben, dass ihr Dienstherr in jeder Beziehung hinter ihnen steht“, sagt Michael Mertens.

Bei der GdP, wo sich vor einiger Zeit eine AG mit dem Dienstunfallwesen befasst hat, weiß man, dass es eben auch Fälle gibt, in denen das nicht so ist – und es sind nicht wenige. So haben Kolleginnen und Kollegen berichtet, dass sie große Probleme mit der Anerkennung einer Posttraumatischen Belastung (PTBS) als Dienstunfall hatten.

Schmerzensgeldforderungen sind oft ein großes Problem, wenn der Schädiger nicht schuldfähig oder nicht zahlungsfähig ist. Zwar springt der Dienstherr immer wieder in solchen Fällen ein – so wie es § 82 a des Lan-

desbeamtengesetzes vorsieht. Gezahlt wird dann, nach teils zähem Prozedere, aber oft nur eine anteilmäßige Summe.

„Dieser Paragraph sollte unbedingt großzügig und unbürokratisch gehandhabt werden“, mahnt Mertens. Er erinnert auch noch mal an die GdP-Forderung nach „Dienstunfalllotsen“, die Betroffene bei allen Formalitäten begleiten sollen. Diese Lotsen könnten eine bedeutende Hilfe sein.

Noch ein wichtiger Aspekt: der Umgang mit Beamtinnen und Beamten auf Probeweise sowie von Beamtinnen und Beamten auf Widerruf. Für eine Verlängerung der Probezeit spielt es aktuell keine Rolle, ob Fehlzeiten durch Dienstunfälle verursacht wurden. Und Studierende haben nur Anspruch auf Unterhaltszahlungen, wenn sie aufgrund eines Dienstunfalls entlassen wurden. „Das kann nicht richtig sein – hier gibt es dringenden Verbesserungsbedarf“, meint Michael Mertens. ■

Spendenaktionen laufen weiter!

Selbst in dunkelsten Stunden gibt es Licht: Nach den Taten von Ratingen und Essen gab es eine breite Welle der Solidarität und Anteilnahme. „Das war mega“, sagt Dagmar Janßen, Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Mettmann. „Überwältigend – für den betroffenen Kollegen und seine Familie ganz wichtig“, sagt Jörg Brackmann, der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Essen/Mülheim. Ganz wichtig: Die Spendenaktionen laufen weiter! Für den Essener Kollegen haben GdP-Kreisgruppe und die Polizeistiftung NRW ein Konto eingerichtet (Verwendungszweck #Marcel, Kreissparkasse Köln, IBAN DE19 3705 0299 0000 0727 24, BIC COKSDE33). Für die in Ratingen verletzten Einsatzkräfte wurde über die Polizeistiftung David + Goliath ein Konto eingerichtet (Verwendungszweck „Ratingen“, Sparkasse Mülheim a. d. R., IBAN: DE57 3625 0000 0300 1420 01, BIC: SPMHDE3EXXX).

Verjährung von Mehrarbeit: FDP-Fraktion fordert umfassenden Schutz der Altstunden

Die Frage, ob die Mehrarbeitsstunden unserer Kolleginnen und Kollegen verfallen, treibt GdP und PPHR bereits seit Jahren um. Jedes Jahr aufs Neue wurde auf die Einrede der Verjährung verzichtet, was das Problem wiederum um ein Jahr verschoben hat. Auch, weil Innenminister Reul sich in der

Frage klar positioniert hat: Unter ihm als Innenminister wird keine Überstunde in der Polizei NRW verfallen. Klar war aber auch: Die Verfahrensweise hat das Problem nur verschoben, nicht gelöst. Die entstandene Mehrarbeit konnte nicht, wie gesetzlich vorgesehen, durch Freizeit ausgeglichen wer-

den. Weil die dienstlichen Belastungen immer weiter gestiegen sind und weil Personal gefehlt hat. Zwischenzeitlich ist klar: Das Finanzministerium wird die Verfahrensweise künftig nicht mehr fortführen. Daher drohen im schlimmsten Fall zum 1. Januar 2024 Mehrarbeitsstunden der Verjährung zum Op-



fer zu fallen. Einzige Lösung: Eine verfallssichere Übertragung auf die Langzeitarbeitskonten. Weil hier die Befüllung allerdings gedeckelt ist, können nicht alle Kolleginnen und Kollegen alle Stunden unterbringen.

Weil hier dringender Handlungsbedarf besteht, hat die FDP einen Antrag zu dem

Problem in den Landtag eingebracht. Ziel ist dabei, die Landesregierung zu beauftragen, die Mehrarbeitsstunden vor der Verjährung zu sichern. Die GdP ist zur Experten-Anhörung im Landtag am 8. August eingeladen und wird die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten. Für uns steht fest: Jede

Mehrarbeitsstunde bedeutet zusätzliche Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen. Dass hier keine einzige Stunde verfallen darf, sollte daher vollkommen klar sein. Die Politik ist am Zug, die notwendigen Maßnahmen vor dem Jahreswechsel zu treffen! ■

Sind Polizeipräsidenten nicht wichtig?

Nach nur 15 Monaten im Amt hat der Kölner Polizeipräsident Falk Schnabel seinen Wechsel in gleicher Funktion nach Hamburg angekündigt. Im Oktober wird Schnabel seine neue Aufgabe angehen – Nordrhein-Westfalens größte Polizeibehörde benötigt dann eine neue Führung. Das Präsidium Köln, das auch für Leverkusen zuständig ist, zählt knapp 6 000 Beschäftigte. Aus Sicht der GdP darf es keine lange Hängepartie geben.

„Innenminister Herbert Reul muss Behördenleitungen bei der Polizei zügig nachbesetzen“, mahnt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Unter Reul mehren sich Interimslösungen von teils langer Dauer. Die GdP hält das für ein Unding. „Ich finde es sehr fahrlässig, welcher Eindruck da entsteht“, erklärte Mertens gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger. „Nach dem Motto ‚Polizeipräsidentinnen und -präsidenten sind nicht so wichtig‘: Da kann man mal ein Jahr drauf verzichten ...“ Mertens betont, eine Behördenleitung sei „elementar für die Funktionsfähigkeit einer Behörde“.

Mit Düsseldorf (seit Februar 2023), Gelsenkirchen (seit August 2022) und Ober-



GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens mit Polizeipräsident Falk Schnabel beim Conference-League-Rückspiel 1. FC gegen OSG Nizza im Herbst 2022 im Kölner Rheinergie-Stadion.

hausen (seit April 2022) werden aktuell drei Großstadtbehörden lediglich kommissarisch geführt – darunter die Landeshauptstadt mit der Partymeile Altstadt als Brennpunkt und dem Landtag als Ziel von vielen Demonstrationen. Mit Gelsenkirchen und Düsseldorf sind zudem zwei Standorte

der Fußball-EM 2024 dabei, mit Köln folgt ein dritter. Die Planungen für die EM laufen längst auf Hochtouren.

Aus Sicht der GdP gibt es keinen Grund für lang anhaltende Vakanzen und Interimslösungen. „Bei der Polizei NRW haben wir fähige Kolleginnen und Kollegen, die der Aufgabe einer Behördenleitung gewachsen sind“, sagt Michael Mertens und blickt dabei gerade auch auf die aktuell kommissarischen Leitungen.

Innenminister Herbert Reul hatte Leitungspositionen in Polizeibehörden zuletzt vermehrt mit erfahrenen Polizistinnen und Polizisten besetzt. Die GdP möchte ihn ausdrücklich ermuntern, diesen Weg weiterzugehen. Schon in Kürze werden weitere Nachbesetzungen fällig sein: Die Polizeipräsidenten in Mönchengladbach und Aachen haben ihren Abschied noch für dieses Jahr angekündigt.

Wie vorausschauende Personalpolitik geht, zeigt der Blick nach Hamburg: Für den absehbar in den Ruhestand gehenden Polizeipräsidenten präsentiert der Senat mit Falk Schnabel bereits jetzt einen Nachfolger. „Daran sollte sich NRW-Innenminister Reul ein Beispiel nehmen“, meint Mertens. ■

Erfolg: GdP erreicht Nachzahlung für viele Pensionäre

Nach langem Kampf wurde die Polizeizulage in Nordrhein-Westfalen zum 1. Juli 2016 wieder ruhegehaltsfähig. Ein wichtiges Signal, für das die GdP lange gearbeitet hat. Denn klar ist: Die Belastungen der aktiven Dienstzeit wirken auch im Ruhestand nach. Die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit war daher zwingend erforderlich. Leider mehrten sich in jüngster Zeit Anfra-

gen von Kolleginnen und Kollegen, dass sie die Zulage auf der Bezügemittelung nicht finden könnten. Nach Rückfragen durch den Landesseniorenvorstand hat das Landesamt für Besoldung und Versorgung bestätigt, dass bei einer Reihe von pensionierten Kolleginnen und Kollegen die Polizeizulage fälschlicherweise nicht bei der Pension berücksichtigt wurde. Die betroffenen Fälle

wurden umgehend korrigiert und erhielten rückwirkende Nachzahlungen.

In einigen Fällen waren dies mehrere Tausend Euro für die Betroffenen! Die GdP empfiehlt allen pensionierten Kolleginnen und Kollegen, regelmäßig ihre Bezügemittelungen zu prüfen. Soweit ihr unsicher seid, ob eure Bezüge korrekt ermittelt wurden, beraten wir euch gerne. ■



15 statt elf Standorte: Bildungsgang FOS Polizei wird ausgeweitet

Der Schulversuch Fachoberschule Polizei (FOS Polizei) wird ausgeweitet: Seit dem 1. August werden an 15 statt bisher elf Berufskollegs Realschüler auf eine Ausbildung bei der Polizei vorbereitet. Zu den be-



kannten Standorten kommen Berufskollegs in Bad Oeynhausen, Halver, Herzogenrath und Hilden. Zudem wird an vier Standorten – in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – fortan zweizügig unterrichtet.

Das neue Schulmodell ermöglicht den Zugang zur Polizei mit Mittlerer Reife ergänzend zum „herkömmlichen Weg“. Die GdP begrüßt das sehr. Schon das erste Jahr des Schulversuchs hat gezeigt, dass da fähige und engagierte junge Leute mit großer Begeisterung danach streben, ihren Berufswunsch bei der Polizei wahr werden zu lassen. Minister Herbert Reul und Ministerin Dorothee Feller zogen eine ausdrücklich positive Bilanz des ersten Jahres.

Und die Nachfrage ist groß: Über 2 936 Bewerbungen gingen in diesem Jahr beim Land NRW ein. Das bedeutet einen Zuwachs von fast 18 Prozent zum Vorjahr. An-

statt 341 werden in diesem Jahr ganze 551 Plätze für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt.

Besonders erfreulich ist, dass unsere GdP-Copcard, mit denen die Schülerinnen und Schüler in die GdP reinschnuppern können und viele Mitgliedervorteile nutzen können, sich großer Beliebtheit erfreut. An dieser Stelle gebührt der Dank den beteiligten Kreisgruppen, die jederzeit ein offenes Ohr für unsere Neulinge haben.

Bewerbungen für das nächste Schuljahr FOS Polizei, das im August 2024 startet, werden bis zum 30. November 2023 angenommen. Die GdP wünscht allen Bewerberinnen und Bewerbern viel Erfolg! Die wichtige Botschaft an die jungen Leute: Die GdP ist für euch von Anfang an da, sie ist euer starker Partner für eure Karriere bei der Polizei! ■

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Imseil Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 8. August

Der Sommer ist da, jetzt noch kurzfristig Urlaub buchen!

Rufen Sie uns an,
gemeinsam finden wir auch
Ihren Traumurlaub.

GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen

**Unser Team
braucht Unterstützung.
Wir suchen eine
Touristikfachkraft (m/w/d)
für unser Büro in Düsseldorf.**



REISE SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im August erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert 35 Euro.

45 46879, Recklinghausen
45 12912, Gelsenkirchen
45 36993, Bochum



Unser neuer Mann für die sozialen Medien

Verstärkung in der Pressestelle des Landesbezirks: Imsel Bakir (39) betreut seit dem 1. Juli schwerpunktmäßig die Social-Media-Kanäle. Er stellt sich selbst vor: „Ich freue mich auf alles, was da kommt! Als früherer Fernsehjournalist hatte ich beeindruckende Begegnungen mit Polizistinnen und Polizisten. Ich weiß um ihren Einsatz, weiß, wie sie ihren Beruf leben ... Mit meiner Arbeit will ich nun meinen Beitrag leisten, dass sich Arbeitsbedingungen und Bezahlung von Polizeibeschäftigten verbessern und sie Wertschätzung erhalten. In meiner Freizeit bin ich aktiv in den sozialen Medien unterwegs, reise leidenschaftlich gerne und setze meine Energie darauf, meinen Fußball-Podcast auf solide Beine zu stellen.“ ■

GdP aktiv

31.08., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg mit Mitgliederehrungen, 14:30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hüchelhoven-Hilfarth

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

„Sicher im Dienst“: Polizeitag Düsseldorf 2023

Am 23. August findet im Radisson Blue Hotel Düsseldorf der diesjährige Polizeitag NRW statt. Die Polizeitage sind eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der GdP. Die Veranstaltung steht unter dem Titel „Sicher im Dienst“. Experten aus Polizei, Politik und Wirtschaft werden sich mit dem Thema aus unterschiedlichen Gesichtspunkten beschäftigen. Die Risiken und Belastungen, denen sich Polizistinnen und Polizisten täglich gegenüber se-

hen, werden ebenso vorgestellt und diskutiert wie mögliche Präventionsmaßnahmen. Der Landesvorsitzende der GdP, Michael Mertens, wird zudem die Einschätzungen, Vorschläge und Forderungen der GdP darlegen, wie Einsatzkräfte besser geschützt werden können. Für GdP-Mitglieder ist die Teilnahme kostenlos.



Mehr Informationen und Anmeldungen unter www.polizeitag.de. ■



André Niewöhner und Münsters Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf stellen auf dem Polizeitag das Netzwerk „Sicher im Dienst“ vor. Mittlerweile zählt es 1.250 Mitglieder aus über 450 Behörden, Institutionen und Verbänden.



KPB Coesfeld/MPB Münster